Sozialdemokratische Partei Deutschlands
BEZIRK BRAUNSCHWEIG

Jahresbericht

für das Jahr 1951

zum 7. Bezirksparteitag
am 27. Juli 1952
in BRAUNSCHWEIG

7. Bezirksparteitag der SPD in Braunschweig am 27. Juli 1952

Dänischer Sozialistenmarsch.

Schon dämmert in der Ferne das Morgenrot,
verkündet uns Freiheit und Licht.
Mag Nebel sich türmen, von Wolken bedroht,
doch die Freiheit stets Bahn sich bricht.
Uns bindet die Liebe, uns bindet die Not,
zu kämpfen für Freiheit und Brot.

Wir fordern für alle Gleichheit im Recht,
ob sie auch von Lüge bedroht;
wir wollen nicht dienen als sklavischer Knecht
und schwören der Lüge den Tod.
Uns bindet die Liebe, uns bindet die Not,
zu kämpfen für Freiheit und Brot.

Wir sprengen die Ketten der Lohnsklaverei,
die Habsucht und Wucher uns schuf.
Zum Kampf denn, ihr Brüder, die Arbeit macht frei!
Zum Kampfplatz! ertöne der Ruf.
Uns bindet die Liebe, uns bindet die Not,
zu kämpfen für Freiheit und Brot.

M u t .

Besonders soll man uns nicht anklagen, daß wir den Mut herabsetzen und schwächen.

Die Menschheit ist verflucht, daß sie, um einen Beweis ihres Mutes zu geben, ewig dazu verdammt ist, zu töten. Heute jedoch heißt Mut nicht, die dunkle, schreckliche, aber schlafende Gefahr des Krieges zu erhalten.

Mut! Das heißt, das Leben lieben und dem Tod mit ruhigem Blick ins Antlitz schauen; dem Ideal nachstreben und die Wirklichkeit verstehen; das heißt, handeln und sich den großen Zielen widmen, ohne zu wissen, welche Belohnung unserm Streben wartet und ob uns eine Belohnung zuteil wird.

Mut! Das heißt, die Wahrheit und sie sagen, die triumphierende Lüge nicht dulden, und weder mit unserer Seele, noch mit unserem Munde, noch mit unseren Händen törichtem Beifall oder fanatischem Geschrei zustimmen.

Jean Jaurès.

Vorläufige Tagesordnung:

1. Musik
2. Rezitation
3. Begrüßung
4. Wahl der Mandatsprüfungskommission
5. Politisches Referat
6. Bericht des Bezirksvorstandes
7. Kassenbericht
8. Bericht der Revisoren
9. Aussprache
10. Entlastung und Neuwahl des Bezirksvorstandes
11. Anträge und Resolutionen
12. Wahl der Delegierten zum Parteitag in Dortmund 1952
13. Schlußworte des Bezirksvorsitzenden

Geschäftsordnung.

1. Stimmberechtigte Mitglieder der Bezirkskonferenz sind alle gewählten Delegierten der Bezirke und die Mitglieder des Bezirksvorstandes.
2. Die Bezirkskonferenz ist beschlußfähig, wenn mindestens die Hälfte der stimmberechtigten Teilnehmer der Konferenz sich an einer Abstimmung beteiligen.
3. Die Beschlüsse der Bezirkskonferenz werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefaßt. Stimmengleichheit bedeutet Ablehnung. Die Wahlen zum Bezirksvorstand erfolgen durch g e h e i m e Abstimmung.
4. Die Redezeit für Referenten beträgt eine Stunde, für Diskussionsredner 10 Minuten.
5. Wortmeldungen sind bei der Leitung der Bezirkskonferenz s c h r i f t l i c h einzureichen. Sie sind erst zulässig, wenn die Aussprache über den zu behandelnden Gegenstand der Tagesordnung eröffnet ist. Die Redner erhalten in der Reihenfolge der Anmeldung das Wort. Den Mitgliedern des Bezirksvorstandes und den Referenten ist während der Aussprache auf Verlangen außer der Reihe das Wort zu erteilen.
6. Das Wort zur Geschäftsordnung wird außerhalb der Rednerliste erteilt. Persönliche Bemerkungen sind nur am Schluß der Aussprache, jedoch vor der Abstimmung zulässig.

7. Die Abstimmung über Anträge zur Geschäftsordnung erfolgt, nachdem mindestens ein Redner für und ein Redner gegen den Antrag gesprochen haben.

8. Anträge auf Schluß der Debatte dürfen nur von Delegierten gestellt werden, die an der Aussprache nicht beteiligt waren. Sie werden wie Geschäftsordnungsanträge behandelt. Vor der Abstimmung sind die in der Rednerliste noch vorgemerkten Redner bekanntzugeben.

9. Anträge, die in der Bezirkskonferenz gestellt werden, gelten al Dringlichkeitsanträge. Sie müssen mit Zweidrittel-Mehrheit der stimmberechtigten Delegierten zur Behandlung qualifiziert sein.

Dem Bezirks-Parteitag der S.P.D. zum Gruß.

von Oberbürgermeister Otto Bennemann.

Zum zweiten Mal nach dem Inferno der Diktatur und des totalen Krieges tagt der Bezirks-Parteitag der S.P.D. in Braunschweig.

Im Jahre 1946 versammelten sich die Delegierten der neu formierten Partei zum ersten Mal, und zwar inmitten der Trümmer dieser stolzen Stadt in einem für die Zeit symbolischen Bauwerk, einem Luftschutzbunker, um das schwere Werk des wirtschaftlichen, sozialen und politischen Wiederaufbaues zu beginnen.

Manche der damals gehegten Hoffnungen haben sich erfüllt. Braunschweig wurde seiner Tradition getreu wieder eine Hochburg der Sozialdemokratie und des sozialen Fortschritts. Dank der Disziplin und des Fleisses vieler schaffender Menschen wuchs neues Leben aus den Ruinen, erstanden Werkstätten, Wohnungen und Schulen.

Aber auch krasser Egoismus und politischer Unverstand trieben ihre Blüten. Inmitten der Not und des Elends entstanden Stätten des Luxus und der Verschwendung. Sie sind ein mahnendes Zeugnis dafür, daß die Aufgabe der S.P.D. noch nicht erfüllt ist, und daß es der Zusammenfassung aller Kräfte sozialen Wollens bedarf.

Die Folgen einer unheilvollen Politik des Krieges und der Nachkriegszeit zeigen sich überall. Wir sehen sie in der Teilung Deutschlands, deren Wirkung wir durch die Nähe der Zonengrenze besonders schmerzlich empfinden. Die soziale Not, verursacht durch den Krieg und verschärft durch die unsoziale Wirtschaftspolitik des "Bereichere sich wer kann" findet ihren täglich sichtbaren Ausdruck in allen Teilen des Bezirks Braunschweig durch eine hohe Zahl von Arbeitslosen und der Unterstützung Bedürftigen.

Es gilt, diese Not zu wenden, um damit zugleich die mannigfaltigen Gefahren der inneren und äußeren Politik zu bannen.

Im Hinblick auf diese Aufgabe fällt der Bezirks-Parteitag in eine Zeit schwerwiegender Entscheidungen. Noch wird gerungen um den Inhalt des Lastenausgleichs und die Frage der Remilitarisierung. Noch in diesem Jahr stehen Kommunalwahlen bevor und spätestens im Jahre 1953 wird das Bundesparlament neu gewählt werden.

Eine starke Sozialdemokratie ist heute nötiger denn je. Nur sie kann dem Volk das geben, wonach sich Millionen sehnen:

Arbeit, Brot und Frieden.

Den Delegierten des Bezirksparteitages zum Gruß.

Die Mitglieder der SPD des Stadtkreises Braunschweig, in deren Mauern der diesjährige Bezirksparteitag stattfindet, entbieten Euch die herzlichsten Grüße.

Ihr tagt hier auf dem Boden einer Stadt mit alter sozialistischer Tradition. 1864 wurde in Braunschweig der erste sozialistische Arbeiterverein unter dem Einfluß von Ferdinand Lassalle gegründet. 1871 erschien der "Volksfreund" als eine der ersten sozialistischen Zeitungen Deutschlands. 1884 entsandte Braunschweig einen Sozialdemokraten in den Deutschen Reichstag. Braunschweig war der Mittelpunkt, von dem die sozialistische Bewegung auf das ganze Land ausstrahlte, vertieft und gefestigt wurde.

Hier fanden auch die schwersten politischen Kämpfe statt, verbreitete sich der Schrecken des Terrors und forderte viele Opfer. Heute besteht in Braunschweig eine neuerstarkte und in sich gefestigte Organisation von rund 6ooo Mitgliedern, einer starken Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung.

Im Bundestag wird Braunschweig sozialdemokratisch vertreten; die drei Landtagswahlkreise entsandten nur sozialdemokratische Vertreter in den Niedersächsischen Landtag.

Im Rate der Stadt und ihrer Verwaltung kann die Partei maßgebenden Einfluß ausüben. Hier die absolute Mehrheit zu erreichen, ist das Ziel der Braunschweiger Genossinnen und Genossen.

Möge der Parteitag die Waffen schmieden, die notwendig sind, die großen, vor uns liegenden Aufgaben zu erfüllen, zur Ehre der Partei und zum Wohle des Ganzen.

Der Vorstand des Stadtkreises

Walter Schmidt
1. Vorsitzender.

Bisherige Mitglieder des Bezirksvorstandes

gewählt auf dem Bezirksparteitag in Goslar 1951

1. Vorsitzender:	Albert Höft	Braunschweig
2. Vorsitzende:	Martha Fuchs	Braunschweig
1. Schriftführerin:	Otti Winter	Helmstedt
2. Schriftführer:	Karl Klages	Langelsheim
Kassierer:	Karl Dietermann	Braunschweig
Beisitzer:	1.Otto Bennemann	Braunschweig
"	2.Walter Schmidt	Braunschweig
"	3.Heini Möller	Goslar
"	4.Martha Klages	Langelsheim
Vertreter d.Jungsozialisten:	Wolfg. Lopau	Bortfeld
" für die Frauen:	Fidedel Rosenbruch	Braunschweig
" d.SPD-Betriebsgruppen:	Walter Konradt	Braunschweig
" der Falken:	Kurt Reinowski	Braunschweig
" d.Arbeiter-Wohlfahrt:	Hedwig Boochmann	Braunschweig
" d.selbständig Schaffenden:	Paul Weiß	Braunschweig
" der Gewerkschaften:	Alfr. Hain	Braunschweig
Revisoren:	Heinz Müller	Braunschweig
"	August Stannowski	Braunschweig
"	Franz Groß	Braunschweig

Bezirksvorstand.

Die vielfachen organisatorischen, finanziellen und politischen Probleme im Bezirk Braunschweig wurden vom Bezirksvorstand in 10 Sitzungen und Besprechungen des engeren Bezirksvorstandes beraten.

Von den vielfachen Fragen, die in unseren Bezirksvorstandssitzungen beraten wurden, seien nur einige Tagesordnungspunkte genannt:

Organisations- und Finanzfragen, Pressefragen,
Werbewoche, Frauenarbeit und -werbung,
politische Situationsberichte,
Bildung von Unterbezirken,
Berichte von den Partei-u.Landesausschußsitzungen.

Fast alle Bezirksvorstands-Mitglieder haben regelmäßig an den Beratungen teilgenommen und aktiv mitgearbeitet.

Alle Beratungen waren getragen von dem Willen, die Organisation zu stärken und unsere Ziele zu verwirklichen.

Der Bezirksausschuß ist im Berichtsjahr nicht zusammengetreten.

Landesdelegierten-Konferenz

Auf einer Landesdelegierten-Konferenz in Hannover wurde am 2.Dezember 1951 die neue Kreis- und Gemeindeordnung beraten. 18 Delegierte aus unserem Bezirk haben an dieser Tagung teilgenommen. Es referierten die Genossen Borowski und Käber über die neue Kreis- und Gemeindeordnung für Niedersachsen.

Landesausschuß-Sitzungen

In 15 Landesausschuß-Sitzungen in Hannover wurden gemeinsam mit den Vertretern aus den anderen Bezirken Niedersachsens und den sozialdemokratischen Mitgliedern der Landesregierung Niedersachsen organisatorische und politische Probleme der Landespolitik beraten.

Bezirkssekretariat

Im Mittelpunkt unserer Arbeit stand zunächst der Wahlkampf für den Niedersächsischen Landtag am 6.5.51, der viel Zeit und Kraft in Anspruch genommen hat und im Bezirk Braunschweig zu einem vollen Erfolg führte. Das gleiche Ziel haben wir bei den Bundestagsnachwahlen im Harzgebiet leider nicht erreicht.

Der "Querschnitt", das Mitteilungsblatt des Bezirks Braunschweig, das im Landtagswahlkampf 1951 ein wichtiges Propagandamittel darstellte, wird wahrscheinlich erst wieder im nächsten Wahlkampf erscheinen.

Auch in dieser Berichtszeit haben viele Genossen unser Bezirks-

sekretariat mit ihren persönlichen Sorgen aufgesucht und um Rat und Hilfe gebeten. In vielen Fällen konnte geholfen werden, in anderen Fällen wurde durch die Aussprache mit diesen Genossen ein persönlicher Kontakt hergestellt.

Besondere Sprechstunden in den Abendstunden, in denen durch erfahrene Genossen Beratungen durchgeführt wurden, sollten diesen ununterbrochenen Strom der Besucher ablenken. Leider ist das aber nur in bescheidenem Maße gelungen.

Diese Sprechstunden wurden in der Berichtszeit von ca. 1500 Genossen aufgesucht. Unter den rat- und hilfesuchenden Menschen befanden sich ca. 200 Flüchtlinge aus der Ostzone, die nach kurzer Überprüfung mit Fahrscheinen versorgt und an das Ostbüro nach Hannover oder Uelzen verwiesen wurden.

Neben der Vorbereitungen und Durchführungen der Wahlkämpfe, der Abhaltung von Sprechstunden, Rat- und Auskunfterteilung an Genossen, Beseitigung persönlicher Schwierigkeiten, wurde die Außenarbeit im Bezirk nicht vernachlässigt. Ein großer Teil unserer Zeit wurde benötigt, um Schwierigkeiten in Ortsvereinen und Kreisen zu beseitigen.

Die Arbeit des Büros, wie Schriftverkehr, Propaganda, Schulung, Referentenvermittlung, Versammlungstätigkeit, Entsendung von Delegierten und Teilnahme an Tagungen, Verbindung mit den Ortsvereinen, Unterbezirken, dem Landesausschuß und Parteivorstand, die Versorgung unserer Genossen mit Material, Einladungen, Anfertigung und Beschriftung von Plakaten usw. läßt sich weder der Zeit noch der Bedeutung nach im Bericht erfassen.

Zu dem vom Bezirk versandten Material kommt noch die direkte Belieferung der Ortsvereine durch den Parteivorstand. Insgesamt sind bisher alle 4 - 6 Wochen 13 Sendungen verschickt worden, mit grosser Auswahl von Propagandamaterial. Leider haben nicht alle Ortsvereine von der Möglichkeit kostenloses Material vom Parteivorstand zu bekommen Gebrauch gemacht.

Die Propagandatätigkeit in Stadt und Land wurde unterstützt durch 2 Lautsprecherwagen, die für besondere Veranstaltungen vom Bezirk eingesetzt wurden.

Die direkte Kassierung, die in allen Landkreisen durchgeführt wur-

de, hat sich gut bewährt, aber sie brachte auch mehr Arbeit für das Sekretariat.

Parlamentarische Abende, an denen neben den Bundes- und Landtagsabgeordneten führende Genossen aus der Verwaltung und Wirtschaft teilnehmen, werden regelmäßig alle 4 Wochen vom Bezirk durchgeführt.

Wahlen

In der Berichtszeit haben wir 2 Wahlkämpfe geführt, die viel Arbeit erforderten.

Die Landtagswahl in Niedersachsen am 6. Mai 1951 wurde durch systematische Versammlungswellen sorgfältig vorbereitet.

Das Ergebnis:

Der Bezirk Braunschweig hat gut gewählt. Alle 12 Kandidaten sind in direkter Wahl durchgekommen. - Wenn überall so gut gewählt worden wäre, hätten wir wahrscheinlich eine bessere Regierung in Niedersachsen bekommen.
In einem Telegramm hat Kurt Schumacher uns den Dank des Parteivorstandes für die im Bezirk Braunschweig geleistete gute Wahlarbeit ausgesprochen.

Braunschweig Stadt steigerte seinen Stimmenanteil

von 39,9 % bei den Bundestagswahlen
auf 46,2 % bei den Landtagswahlen 1951.
Steigerung: 7 % = 9.000 Stimmen.

Landkreise — von 33,4 % auf 33,7 % gesteigert.

Trotz heftigster Angriffe aller Parteien gegen die SPD ist auch in den Landkreisen eine Zunahme der SPD-Wähler zu verzeichnen.

Wie ist der Wahlerfolg zustande gekommen?

1.) Wahlkampf schon im Herbst begonnen. (Besondere Versammlungswelle und systematische Bearbeitung der Ortsvereine.)
2.) Intensive Mitarbeit der Funktionäre und Mitglieder.

3.) 5oo Wählerversammlungen in 4 Wochen. (Ca. 3oo vom Bezirkssekretariat mit Referenten versorgt.)
4.) Unterstützung vom Parteivorstand durch gute Referenten: Dr. Schumacher, Carlo Schmidt, Nölting, Ollenhauer, Kubel, Voigt, Prof. Reuter u.a.
5.) Öffentliche Kundgebung mit Kurt Schumacher und Nölting in Braunschweig und Helmstedt mit 12.ooo und 6.ooo Teilnehmern
6.) Gute Symbol- und Kandidatenplakate.
7.) Zentrale Klebeaktion und Lautsprecherpropaganda durch den Bezirk in Dörfern des Landkreises.
8.) Persönliche Vorstellung der Kandidaten in fast jedem Ortsverein.
9.) Kino mit Wahlreden und Vorstellung von Kandidaten.
1o.) Mündliche Hauspropaganda - Humor im Wahlkampf, z.B. "Wählt Schmalz- und alles ist in Butter!"

Das Wahlergebnis im Bezirk Braunschweig ist also das Ergebnis der intensiven Arbeit unserer Funktionäre und Mitglieder und einer guten Organisation.

Die Bundestagsnachwahl im Wahlkreis 31.

Durch den Tod unseres Bundestagsabgeordneten Hermann Stopperich wurde am 16. März 1952 eine Nachwahl im Harzgebiet erforderlich. Alle Vorbereitungen für die Wahl wurden gemeinsam mit dem Bezirk Hannover besprochen und durchgeführt.
Der Wahlkampf wurde gegen den Bürgerblock, der vom BHE unterstützt wurde, sachlich aber mit aller Schärfe geführt.
In allen Städten und Dörfern des Wahlkreises wurden systematisch 2 - 3 Versammlungen mit guten Rednern durchgeführt. (Ollenhauer, Carlo Schmidt, Nölting, Kubel, Dr. Wenzel, Eichler u.a.)
Lautsprecherpropaganda, Plakate, Kandidatenbriefe, Klebestreifen, Flugblätter wurden in großer Zahl verbreitet. Unser Kino hat auf mehreren Veranstaltungen mit Film, Bild des Kandidaten und Übertragung einer aufgenommenen Rede des Kandidaten durch Lautsprecher mitgewirkt.
Das Wahlergebnis brachte nicht den erhofften Erfolg. Der Kandidat des Bürgerblocks wurde mit 3,5 % oder 3.2oo Stimmen Vorsprung gewählt. Trotzdem zeigte auch die Bundestagsnachwahl im Harz eine günstige politische Entwicklung. Bei der Bundestagswahl 1949 hat-

ten wir 35,7 % und 36.444 Stimmen, bei der Landtagswahl 1951 hatten wir 38 % und 38.6o4 Stimmen, bei der Bundestagsnachwahl 1952 hatten wir 41,8 % und 38.136 Stimmen, trotzdem gegenüber der Bundestagswahl 1949 insgesamt 11.ooo Stimmen weniger abgegeben wurden.
Dagegen sank der prozentuale Anteil der gegnerischen Parteien von 48,5 % im Jahre 1951 auf 45,3 % bei der Nachwahl.
(Die Zahlen beziehen sich auf den gesamten Wahlkreis 31.)

Sprech-und Beratungsstunden

Die Sprech- und Beratungsstunden werden im Volksfreund-Gebäude von den Genossen Hoeft, Kintzel und Bratherig regelmäßig durchgeführt.

Die Sprechstunden des Genossen Hoeft wurden im Verlauf der Besuchszeit von ca. 9oo Menschen aufgesucht. An verschiedenen Sprechabenden waren über 3o Personen anwesend.

Die Versuche, die Ratsuchenden aus Braunschweig auf die kommunalpolitischen Sprechstunden des Stadtkreises abzulenken, sind leider nicht gelungen.

Besonders häufig wurde Auskunft erteilt oder praktische Hilfe ermöglicht in Soforthilfe- und Wohnungsfragen, Zuzugsgenehmigungen, Kreditangelegenheiten usw.

Rechtsberatung

In ca. 35o Fällen wurde unentgeltlich Rechtsauskunft erteilt. Die Rechtsberatung erfolgte im allgemeinen nur in Form einer mündlichen Besprechung, nur in wenigen Fällen wurden auch Schriftsätze angefertigt.

Der Sache nach überwiegen Miets- und Wohnungsangelegenheiten, Scheidungs-, Unterhalts- und Erbschaftsangelegenheiten.

Auskunft wurde aber auch in Grundstücks-, Darlehns-, Versicherungs-, Aufgebots-, Schadenersatz- und Gewerbefragen erteilt.

Die Ratsuchenden sind im allgemeinen mit der Auskunft zufrieden, teilweise sind sie öfter wiedergekommen.

hat-
1952
Bun-
wur-

n

de
ch-

le-

lu-
.nd

'e er-
ıngen,

t. Die
ıdli-
sätze

n,

herung

eden,

Arbeitsgemeinschaft der Vertriebenen

Im Berichtszeitraum fanden 2 Versammlungen für die Braunschweiger Vertriebenen-Genossen statt. Außerdem wurden 2 Bezirkskonferenzen, die sehr gut aus dem ganzen Bezirk beschickt waren, veranstaltet, in denen die Stellung der SPD zur Frage des Lastenausgleichs behandelt wurde.

Die Braunschweiger Gruppe hat in guter Zusammenarbeit mit allen Parteistellen in den Vertriebenenorganisationen starken Einfluß nehmen können und eine Radikalisierung der Vertriebenen verhindert, was sich im Landtagswahlkampf deutlich zeigte, da in Braunschweig der BHE nur 1o % der Stimmen erhielt, während z.B. im Landkreis Braunschweig der BHE 23 % aller Stimmen für sich verbuchen konnte.

Ein Bezirks-Vertriebenenausschuß ist gebildet worden, um die erforderlichen Arbeiten auch in allen Orten des Bezirks durchführen zu können.

Es wird die besondere Aufgabe unserer Ortsvereine sein, die Zeit bis zur Kommunalwahl noch zu nützen, um die Vertriebenen, wie auch alle Kriegssachgeschädigten, von der Richtigkeit unserer Politik auch gerade in den Fragen, die alle Kriegsgeschädigten besonders betreffen, zu überzeugen.

Sozialversicherung

Sprechstunden für Fragen der Sozialpolitik wurden regelmäßig durchgeführt und auf ca. 4o Beratungsabenden Auskunft an Ratsuchende erteilt.

Insgesamt erschienen ca. 7o Ratsuchende, denen Auskünfte auf dem Gebiet der Invaliden- und Angestellten-Versicherung, der Kranken- und Unfallversicherung sowie der Versorgung von Kriegsbeschädigten erteilt wurden.

Wirtschaftspolitischer Ausschuß

In den Sitzungen des Wirtschaftspolitischen Ausschusses wurden die nachstehend aufgeführten Themen behandelt:

"Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion und Neugliederung der landwirtschaftlichen Verwaltung"
Referent: Dr. Gerhard Lepehne, Braunschweig

"Unsere Stellungnahme zum Wirtschaftsprogramm von Niederbreisig"
Referent: Rudi Dux, Hannover

"Die politische Bedeutung des Schuman-Planes"
Referent: Dr. Thomas Flesche, Braunschweig

"Zur Psychologie der politischen Reaktion"
Referent: Dr. Rudolf Ziese, Braunschweig

"Die Kohlennot, die mangelnde Kohlenversorgung im Winter 1951/52 und ihre Behebung"
Referent: Rudolf Holzapfel, Königslutter

"Mittel und Wege zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit"
Referent: Oberreg.Rat G. Sander, Braunschweig

"Arbeiterschaft und Bauerntum"
Referent: Hellmut Schmalz, Salzgitter

"Geld und Kredit"
Referent: Dr. Gerhard Voigt, Braunschweig

"Kreditwirtschaft"
Referent: Dr. Gerhard Voigt, Braunschweig

Die Aussprachen in diesem Kreis wurden mit großer Gründlichkeit geführt, so daß alle Teilnehmer einen bleibenden Gewinn für ihre Arbeit aus diesem Kreis mitnehmen konnten.

Sozialpolitischer Ausschuß

In der ersten Sitzung des neu berufenen Sozialpolitischen Ausschusses wurde der Genosse Hans Oppermann, Direktor des Fürsorgeamtes Braunschweig, zum 1. Vorsitzenden des Ausschusses gewählt. Damit war ein Mann mit der Leitung des Sozialpolitischen Ausschusses beauftragt, der die Gewähr bot, alle schwierigen Aufgaben, die an diesen Ausschuß herantreten, unbedingt einer Lösung zuzuführen.

Der 1. Vorsitzende des Ausschusses gab gleich zu Beginn der Arbeit einen umfassenden Überblick über die sozialen Probleme in Deutschland, die nach Auffassung aller Mitglieder des Ausschusses einer grundlegenden Neuerung zugeführt werden müssen. Genosse Oppermann brachte seine Ausführungen in enger Verbindung mit den sozialen Problemen, die sich nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt auf Grund der völlig veränderten politischen Verhältnisse nach dem verlorenen Kriege auftun.

Als Grundlage einer sozialen Sicherung für die Bevölkerung des Bundesgebietes wurden nach eingehender Aussprache folgende Forderungen aufgestellt:

1. Nachwuchssicherung durch Gewährung ausreichender Kinderbeihilfen,
2. volle Sicherung bei Arbeitslosigkeit,
3. volle Sicherung bei vorübergehender Erwerbsunfähigkeit,
4. volle Sicherung bei dauernder Erwerbsunfähigkeit,
5. Individualfürsorge.

Diese Forderungen allein lassen schon erkennen, daß eine grundsätzliche Neuformung und Sicherstellung der gesamten Sozialversicherung notwendig ist.

Bei dieser Gelegenheit sei besonders erwähnt, daß der Bundestagsabgeordnete Genosse Troppenz, Helmstedt, der regelmäßig an den Sitzungen des Sozialpolitischen Ausschusses teilnimmt, dem Ausschuß richtungweisende Ausführungen machte, die für die Gesamtarbeit des Ausschusses für die Zukunft von grundlegender Bedeutung sein werden. Dem Genossen Troppenz sei hierfür an dieser Stelle besonders gedankt.

Im weiteren Verlauf der Arbeit des Sozialpolitischen Ausschusses wurde auf Verlangen des Parteivorstandes der Schuman-Plan behandelt. Die Stellungnahme dazu wurde dem Parteivorstand in Bonn als Grundlage für die Aussprache zum Schuman-Plan im Bundestag übersandt.

Für die weitere Arbeit des Sozialpolitischen Ausschüsses in den kommenden Monaten wurde auf Grund eines einstimmigen Beschlusses nachfolgender Arbeitsplan aufgestellt:

I. Sozialpolitische Fragen auf kommunalem Gebiet.

1. Allgemeine Fürsorge,
2. Jugendfürsorge,
3. Gesundheitswesen,
4. Sozialer Wohnungsbau,
5. Lastenausgleich und Flüchtlingswesen.

II. Sozialversicherung.

1. Rentenversicherung (Invaliden-, Angestellten-, Unfal versicherung),
2. Krankenversicherung,
3. Arbeitslosenversicherung und-vermittlung,
4. Kriegsopferversorgung.

III. Sozialplan.

Um diese umfangreiche Arbeit wirklich fruchtbringend gestalten können, ist es aber notwendig, daß nicht nur Genossen aus dem Stadtkreis Braunschweig sich zu dieser Arbeit zur Verfügung st len, sondern daß erreicht wird, daß aus allen Stadt- und Landk sen des Bezirksverbandes interessierte Genossen zu dieser wirk für alle Bevölkerungsschichten dringenden Arbeit herangezogen werden.

Besonders erfreulich ist es, daß zwischen dem Sozialpolitische Ausschuß und der SPD-Fraktion der Stadtvertretung Braunschweig bereits dadurch eine enge Verbindung geschaffen worden ist, in dem der Genosse Ratsherr Könnemann ständig an den Sitzungen de Ausschusses teilnimmt. Eine enge Verbindung mit der Arbeiter- wohlfahrt ist ebenfalls geschaffen worden, so daß damit auch d Gewähr besteht, daß besonders die Schichten angesprochen werde die auf sozialem Gebiet mit Glücksgütern nicht unbedingt ausre chend gesegnet sind.

Der Sozialpolitische Ausschuß strebt ebenfalls an, mit allen A schüssen des Bezirksverbandes enge Verbindung zu bekommen. Wir glauben, daß aus dieser engen Zusammenarbeit sich für alle Tei unserer Partei eine fruchtbringende Arbeit ergeben wird.

Kulturpolitischer Ausschuß

Dieser Ausschuß ist nicht nur der jüngste sondern auch der kleinste in der Reihe unserer Ausschüsse oder Unterorganisationen. Er besteht seit Anfang des Jahres und unterscheidet sich rein organisatorisch von den anderen Ausschüssen dadurch, daß seine Sitzungen nicht in regelmäßigen Abständen einberufen werden, sondern nach Bedarf stattfinden, unter Hinzuziehung jeweils der Genossen, die bei der Bearbeitung einer Frage auf Grund ihres speziellen Wissens und ihrer Erfahrung zur Lösung dieser Frage beitragen können. Er sieht seine Aufgabe weniger in der Erarbeitung neuen Wissens, sondern in der Anwendung alter Erkenntnisse. Seine Teilnehmer stehen durchweg in der Bildungsarbeit.

In den sechs Monaten seines Bestehens haben insgesamt 11 Besprechungen stattgefunden, von denen hier nur angeführt werden sollen fünf Sitzungen, in denen sich ihre Teilnehmer lediglich mit Schul- und Erziehungsfragen beschäftigten.

Agrar-Ausschuß

Die Bedeutung dieses Ausschusses in einem Gebiet mit starker landwirtschaftlicher Bevölkerung kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Vorsitzender dieses Ausschusses ist Hellmut Schmalz, MdL., der Anfragen auf diesem Gebiete beantwortete und in verschiedenen Fällen praktische Hilfe leisten konnte. Auf einer Referententagung des Bezirks, im Wirtschaftspolitischen Ausschuß und auf einigen Bauern- und Pächterversammlungen referierte Hellmut Schmalz über die Stellung der SPD zur Agrarpolitik.

Bezirks-Schiedsgericht

Das Bezirks-Schiedsgericht brauchte in der Berichtszeit nicht zusammenzutreten. Einige Ausschlüsse, die vom Bezirksvorstand aus persönlichen und politischen Gründen durchgeführt wurden, sind von den Betroffenen ohne Einspruch anerkannt worden. Einige ört-

liche Schwierigkeiten konnten durch Verhandlungen der zuständigen Funktionäre und der Kreis-Schiedsgerichte geklärt werden.

Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Ärzte

Im Berichtsjahr machte die organisatorische und politische Entwi lung unserer ASÄ bedeutsame Fortschritte. Über 1oo Ärzte, Zahnär te und Dentisten sind Mitglieder, die sich hauptsächlich aus der jüngeren Generation zusammensetzen und hierunter erfreulicherwei aus den Krankenhausärzten.

Die Mehrzahl der Mitglieder trat der SPD aktiv bei.

In zahlreichen Einzelbesprechungen wurden wichtige gesundheits- und sozialpolitische Themen besprochen und zu diesen Stellung ge nommen. So z.B. zur Erweiterung der Sozialversicherungsgrenze, z Einheitsversicherung, den sogen. Bagatellschäden, zum Rechte der Gesundheit, der Errichtung von Gesundheitszentren, gewerkschaftl chen Organisierung der Heilberufe, der ärztlichen Facharztanerk nung, der Einführung des Fachgebietes Sozialmedizin an den Hoch- schulen, zur Sozial- und Jugendpsychologie. Die ASÄ vertrat den Standpunkt, daß Gesundheitspolitik Sache des ganzen Volkes und nicht einer kleinen Berufsgruppe ist. Daher sprach Ratsherr Dr. med. Esser über diese Themen insgesamt in 36 zum Teil öffentlic. Versammlungen, wobei er das öffentliche echt demokratische Gesu heitsparlament forderte. - Über Gesundheitszentren sprach der G Dr. Bruch, Chefarzt eines Tuberkulosekrankenhauses; über neue W ge zur psychologischen Jugendbetreuung referierte Gen. Prof. Dr von Bracken, während Gen. Dr. Esser im selben Zusammenhang übe die Notwendigkeit der Errichtung einer schulpsychologischen Kli nik sprach.

Beide Vorträge waren zahlreich besucht, darunter auch von Vert tern der Regierung, der Behörden, der Öffentlichkeit und aller Parteien. Höhepunkt der öffentlichen Veranstaltungen, die mit tatkräftigen Unterstützung des SPD-Bezirksverbandes Braunschwe durchgeführt wurden, war der am 16.3.52 stattgefundene Kongres der ASÄ auf Landesebene im Deutschen Haus in Braunschweig, auf dem der Bundesvorsitzende Gen. Dr. med. Karl aus Flensburg übe

die Stellung des Arztes in der heutigen Gesellschaft sprach, wobei er auf die Bedeutung der politischen Tätigkeit der Ärzte und die feste gesundheitspolitische Konzeption der ASÄ im Gegensatz zur Hilflosigkeit des Bundestages in dieser Hinsicht und dem völligen Versagen der ärztlichen Berufsorganisationen hinwies.

Eine starke Resonanz fanden die bei dieser Gelegenheit gesprochenen Worte des Oberbürgermeisters Gen. Otto Bennemann, der die gesundheits- und sozialpolitischen Aufgaben der ASÄ vom Standpunkt des Kommunalpolitikers mit großer Sachkenntnis beleuchtete.

In Niedersachsen gelang es durch die Verhandlungstaktik des Gen. Dr. Esser die Beziehungen der ASÄ zu den Berufsorganisationen freundschaftlicher und enger zu gestalten.

Grundsätzliche, von der SPD in gesundheits- und sozialpolitischer Hinsicht aufgestellte und von der ASÄ vertretene Forderungen, konnte der Gen. Dr. Esser als Ratsherr in den parlamentarischen Ausschüssen der Stadtvertretung zur Verwirklichung bringen. Am Ende des Berichtsjahres faßte Dr. Esser die Forderungen der ASÄ nachfolgend zusammen:

1) Stärkere Aktivierung der politisch tätigen Ärzte.
2) Größere Veranstaltungen der ASÄ gemeinsam mit der Partei zur Bildung eines gesundheitspolitischen Parlaments.
3) Erweiterung der Sozialversicherungsgrenze und Verantwortungsübertragung der Soziallasten auf das ganze Volk.
4) Steigerung der Leistungen der Sozialversicherungen für die Versicherten zur Erreichung eines bestmöglichen Gesundheitsstandards für jeden.
5) Vereinheitlichung der Krankenkassen an Stelle der einseitigen Risikoübernahme.
6) Das sozial-medizinische Institut zur Behandlung der Arbeitsversehrten.
7) Die schulpsychologische Klinik und Erziehungsberatungsstelle zur Jugendbetreuung.
8) Aktivierung der Eheberatungsstellen.
9) Die Rheumaforschungs- und Beratungsstelle.
10) Vorbereitungen für die Errichtung von Gesundheitszentren.
11) Sozial-medizinische und sozialpsychologische Werkbetreuung.
12) Sozial-medizinische Vorlesungen an den Krankenanstalten zur Ausbildung des ärztlichen Nachwuchses.

In der Braunschweiger Schulwoche hielt zum Abschluß der Gen. Dr. Esser, der in 17 Eltern- und Lehrerversammlungen gesprochen hatte das Hauptreferat "Die Schulprobleme vom ärztlichen Standpunkt aus betrachtet".

Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Lehrer (ASL)

Die in der ASL organisierten Lehrer haben sich das Ziel gesetzt, die Schul- und Kulturpolitik im Geist des Sozialismus zu beeinflussen, unter den Lehrern für den humanistischen Sozialismus zu werben und die sozialistischen Lehrer zu einer solidarisch handelnden Gemeinschaft zusammenzuführen.

Die sozialistischen Lehrer im Bezirk Braunschweig haben im Berichtsjahr keine großen Tagungen abgehalten. Im Sinne der obenerwähnten Zielsetzung wurde mehr in persönlicher Fühlungnahme gearbeitet. Auskunft in allen Fragen der ASL gibt Mittelschullehrer Willi Morr, Braunschweig, Bernerstr.8.

Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Juristen

Die ASJ hat in regelmäßigen Abständen unter Leitung des Genossen Rechtsanwalt Dr. Bruns getagt. Es wurden eine Reihe von Referaten gehalten, unter denen besonders folgende zu nennen sind:

Gen. Rechtsanwalt Böhme: Regierungsbildung in Niedersachsen und ihre Bedeutung für die zukünftige Politik im allgemeinen und die Justiz im besonderen.

Gen. Ministerialrat Dr. Lauritzen: Probleme des Verfassungsschutzes.

Staatsanwalt Dr. Kulp: Zuziehung von Schöffen und Geschworenen und die Schaffung eines 2. Rechtszuges in Hoch- und Landesverratssache

Gen. Rechtsanwalt Böhme: Die Grundzüge der amerikanischen Verwaltung.

Staatsanwalt Diestel: Fragen der Immunität der Abgeordneten.

Gen. Rechtsanwalt Dr. Thiele berichtete über die Vorstandssitzung

in Bonn am 29.3.52, insbesondere über die Neugliederung des Gesamtvorstandes der ASJ und über den Rechtsausschuß beim Parteivorstand.

Es wäre wünschenswert, wenn nunmehr der Parteivorstand bzw. Bundestags- und Landtagsfraktion die ASJ mit neuen Aufgaben befassen würden.

Arbeitsgem. verfolgter Sozialdemokraten

Die Arbeitsgemeinschaft hielt in regelmäßigen Abständen Mitgliederversammlungen ab, die eine gute Teilnahme aufwiesen. Folgende Themen wurden außer der Jahreshauptversammlung angesprochen:

Genosse Steinborn sprach über seine Erlebnisse in Spanien.

Bundestagsabgeordneter Otto Arnholz hielt einen Vortrag, der sich mit der Regelung des Wiedergutmachungsgesetzes befaßte.

Landtagsabgeordneter Ernst Böhme sprach über "Bürger und Behörde".

Oberbürgermeister Otto Bennemann hielt einen Vortrag über die sozialistische Emigration und die Internationale.

Oberstadtdirektor Erich Walter Lotz sprach über Fragen der Wiedergutmachung im Wirtschafts- und im öffentlichen Leben.

Finanzminister Alfred Kubel sprach über: "Wie verhüten wir die Rückkehr des Faschismus?"

Präsident Hubert Schlebusch sprach über das Wiedergutmachungsgesetz.

Bezirkssekretär Ewald Gerrich hielt einen Vortrag über die deutsche Widerstandsbewegung.

Ferner wurde ein Schreiben gemäß Beschluß der Mitgliederversammlung an den Bezirksvorstand gerichtet, in dem die Errichtung einer Wiedergutmachungskammer angestrebt wird. In dieser Kammer sollen alle Wiedergutmachungsangelegenheiten geregelt werden.

Außerdem wurden die Genossinnen und Genossen nach dem neuen Bundesgesetz über Wiedergutmachung von Fachkräften beraten. Es wurden hierüber die Schriftstücke angefordert und auch die evtl. Rückfragen, die sich in dieser Angelegenheit ergaben, weiterhin bearbeitet. Es handelt sich hierbei um die unterlassenen Beförderungen usw. in den Jahren von 1933 - 1945.

Kulturfilm-Gemeinschaft

Leben auf den Dörfern
Gute Filme für wenig Geld - 35 ooo Besucher.

Alles ist Improvisation. Aber es wird sozusagen aus dem Handgelenk improvisiert. Die Kulturfilm-Gemeinschaft sucht mit bescheidenen Mitteln den größtmöglichsten akustischen Effekt aus den oft recht primitiven Dorfsälen herauszuholen.

Die Aufgabe ist zwar recht mühsam, aber lohnend und dankbar. Der Tonwagen ist den Bewohnern der kleinen Ortschaften zu einem lieben Freund geworden. Für 5o und 3o Pfennig wird den Besuchern ein reichhaltiges Filmprogramm geboten, das schon in der Auswahl guten Geschmack und viel Filmerfahrung verrät.

Es ist das "Kino der Minderbemittelten", die durch diese Einrichtung am kulturellen Leben teilnehmen können, das den vielen Flüchtlingen, Evakuierten und Arbeitslosen sonst verwehrt wird.

Die Veranstaltungen der Kulturfilm-Gemeinschaft haben in einem Zeitraum von einem Jahr 35 4oo Besucher gehabt. Sie hat Filmvorführungen in Altersheimen und Krankenhäusern unentgeltlich einem dankbaren Publikum geboten. Und wer ein klein wenig hinter die Kulissen zu sehen versteht, der wird sich leicht ausrechnen können, daß die Gemeinschaft mit ihren Eintrittsgeldern so gerade eben die Unkosten decken kann.

Dem technischen Leiter Albert Steinke steht zwar nur ein Schmalfilmprojektor zur Verfügung, aber seine umgebauten Spulen fassen 6oo Meter Film. Ein ganzer Spielfilm kann mit einer Unterbrechung abgerollt werden. Die Auswahl der Filme wird von Ursula Schmidt vorgenommen. Sie beide erfreuen sich in den Dörfern wegen ihrer uneigennützigen Arbeit großer Popularität.

(Aus der Braunschweiger Presse
vom 16.7.52).

Bibliothek

Die im Jahre 1950 mit bescheidenen Mitteln geschaffene Bezirksbibliothek ist durch einige Neuanschaffungen ergänzt worden. Sie bietet in zunehmendem Maße allen Genossen die Möglichkeit, durch intensives Studium die Grundgedanken unserer Bewegung zu vertiefen.

Geplant ist die Anschaffung einer größeren Menge von Standardwerken, um auch geschulteren Genossen die Möglichkeit zu geben, ihr Wissen für die politische Arbeit zu erweitern.

Im vergangenen Berichtsjahr wurde die Bücherei besonders häufig von jungen Studenten für Semesterarbeiten benutzt.

Referententagungen

wurden regelmäßig etwa alle 6 Wochen vom Bezirk durchgeführt. Es sprachen u.a.:

Minister Borowski, Hannover, über Gemeindeordnung und Verwaltungsreform;

Herbert Kriedemann, MdB., Bonn: Lastenausgleich und agrarpolitische Fragen;

Willi Neddermeier, Braunschweig: Unsere Vorbereitungen für die Kommunalwahlen;

Dr. Ludwig Arps, Bremerhaven: Die finanziellen Grundlagen der Gemeinden;

Albert Höft, MdL., Braunschweig: Stand der Beratungen für die neue Gemeindeordnung;

Dr. Diedrichs, MdL., Hannover: Der Entwurf für die neue Gemeindeordnung;

Hans Stephan, Parteivorstand Bonn: Aktuelle Flüchtlingsfragen;

Karl Bielig, MdB., Dortmund: Der Schumanplan ist angenommen - was nun?

Albert Höft, MdL., Braunschweig: Lastenausgleich und Feststellungsgesetz für Flüchtlinge;

Hellmut Schmalz, MdL., Salzgitter-Bad: Das Agrarprogramm d SPD;

Alfred Nau, Parteivorstand Bonn: Finanz- und Organisations fragen der SPD;

Walter Sassnick, MdB., Nürnberg: Über die Bonner Bundespol

Betriebsgruppen

Die praktische Arbeit der Betriebsgruppen liegt naturgemäß im triebe selbst, muß aber auf Kreisebene überwacht und angeregt den. In zwei Kreisen des Bezirks Braunschweig wird aktive Betr gruppenarbeit geleistet, und zwar in den Kreisen Braunschweig Salzgitter, weil in diesen Kreisen die größte industrielle Zus menballung liegt und die politischen Gegensätze hier auch am hä testen aufeinanderprallen.

In Salzgitter hat die Betriebsgruppenarbeit im vorigen Sommer d den nach dort verzogenen Landtagsabgeordneten Gen. Schmalz neue Auftrieb erhalten. Es wurden dort auch im Sommer 1951 verschied Veranstaltungen vom Bezirk durchgeführt; in einer dieser Veran- staltungen war der Genosse Siggi Neumann vom Parteivorstand anw send. Eine Betriebsgruppen-Zeitschrift "Der Scheinwerfer" er- scheint in regelmäßigen Abständen und nimmt zu den aktuellen Be triebsfragen Stellung.

In Braunschweig war durch das Fehlen eines Kreissekretärs die B triebsgruppenarbeit schlecht; es fehlte praktisch jede Initiati Hierdurch bedingt sind in Braunschweig im vorigen Jahr verschie ne Veranstaltungen vom Bezirk durchgeführt worden. In diesem Ja re hat sich die Lage in Braunschweig wesentlich gebessert. Durc die Neubesetzung der Stelle des Kreissekretärs mit dem Genossen Sudik und durch die Neuwahl des Betriebsgruppenleiters für Brau schweig, Gen. Otto Raschen, ist die Arbeit wieder sehr stark be- lebt worden und regelmäßig im Monat werden Versammlungen durchg führt.

Kommunalpolitik

In dem 6. Bezirksparteitag aufgestellten Bericht für das Jahr 1950 ist bereits über die zur Unterstützung unserer, in den Gemeinderäten tätigen Genossen wieder aufgenommene kommunalpolitische Schulungsarbeit berichtet worden. Nachdem im Winterhalbjahr 1950/51 in 22 Schulungskursen der die Verwaltung der Gemeinde regelnde 5. Teil der DGO erörtert wurde, ist im Winterhalbjahr 1951/52 einheitlich für die Ratsmitglieder aller kommunalen Körperschaften in 24 Vorträgen der 6. Teil der DGO behandelt worden. Dem Bezirksvorstand lag daran, die in den kommunalen Parlamenten tätigen Genossen auf die von ihnen bei der Aufstellung und Beratung der Haushaltspläne und der Haushaltssatzung zu beachtenden Bestimmungen der DGO hinzuweisen, sie mit ihren Pflichten bei der Vermögensverwaltung der Gemeinden näher vertraut und sie auch mit den Grundlagen und der Berechnung der Gemeindesteuern, der Grundsteuern A und B, der Gewerbesteuern, der Lohnsummensteuern, sowie mit der Berechnung der den finanzschwachen Gemeinden und Kreisen nach dem Gemeindehaushaltserlaß des Landes Niedersachsen zufliessenden Schlüsselzuweisungen bekannt zu machen. Als Vortragende hatten sich die Genossen Wilhelm Neddermeier, Oberkreisdirektor i.R., und der Genosse Günther Paslat, z.Zt. beurlaubter Oberstadtdirektor, zur Verfügung gestellt.

Obwohl die Ratsmitglieder über die Ortsvereinvorsitzenden in jeder erdenklichen Weise auf Ort und Zeitpunkt der Veranstaltungen hingewiesen wurden, ließ der Besuch in verschiedenen Gruppen zu wünschen übrig. Das ist z.T. darauf zurückzuführen, daß einzelne Gemeinden vom Tagungsort weit abliegen und öffentliche Verkehrsmittel zur Hin- und Rückfahrt nicht benutzt werden konnten. Oft fehlte es wohl auch an dem nötigen Interesse der Ratsmitglieder. Die Beteiligung schwankte bei den Gruppen zwischen 1o und 64 % der Geladenen, der Durchschnitt liegt bei 32 %.

Der Verlauf der Veranstaltungen, die in Form von Arbeitsgemeinschaften abgehalten wurden, war recht gut. Die Teilnehmer zeigten durch Fragestellung reges Interesse und trugen mit Beispielen aus der Praxis dazu bei, das Behandelte jedem verständlich zu machen. In den Kursen zeigte sich auch, daß wir in den Städten und Landge-

meinden Genossen haben, die mit ihren Aufgaben durchaus vertrau sind und ihre Auffassung auch zu vertreten verstehen.

Ein besonderes Ereignis war die 3. kommunalpolitische Bundeskonferenz der SPD, die am 19. und 2o. April 1952 in der Paulskirch in Frankfurt stattfand, und zu der vom Bezirksvorstand 2 Vertreter entsandt worden waren. Die Konferenz nahm zu einer Anzahl v kommunalpolitischen Ausschuß der SPD vorher beratenen Problemen Stellung, von denen die wichtigsten auf der Konferenz vorgetragen und in den anschließend tagenden Arbeitsgemeinschaften durc beraten wurden.
Im Anschluß an die Bundeskonferenz trat am 22. Juni 1952 in Bra schweig eine kommunalpolitische Bezirkskonferenz zusammen, die von Vertretern aller Kreistage, den Ratsfraktionen der Städte und einigen Landgemeinden aus jedem Kreise beschickt wurde. Zur Besprechung standen die in Frankfurt aufgestellten Forderungen der SPD

a) zur Sicherung der Finanzlage der Gemeinde,
b) zum Wohnungsbau und zur Baulandbeschaffung,

und ein Vortrag über "Das Recht der Jugend und die Aufgaben der Gemeinden".

Die Konferenz kann als ein Erfolg unserer kommunalpolitischen A beit angesprochen werden und weitere Konferenzen sollen in vierteljährlichem Zeitraum veranstaltet werden.

Unsere nächste große Aufgabe ist die Durchführung der in Niedersachsen bevorstehenden Kommunalwahlen. Noch steht nicht fest, wann die neue Gemeindeordnung für Niedersachsen vom Landtag dur beraten und beschlossen sein wird. Es wird Gelegenheit sein, au dem 7. Bezirksparteitag zu den bevorstehenden Kommunalwahlen un den damit zusammenhängenden Fragen Stellung zu nehmen. Dieser Stellungnahme soll in diesem Bericht nicht vorgegriffen werden. Vom Bezirksvorstand wird aber alles getan werden, um die Wahlen in unserem Bezirk für die SPD zu einem Erfolg zu führen.

Frauenarbeit im Bezirk

Eineinhalb Jahre sind seit dem letzten Bezirksparteitag vergangen. Nach einem Überblick dieses Zeitraumes kann man die geleistete Arbeit der Frauengruppe im Durchschnitt als zufriedenstellend bezeichnen. Wenn auch der heutige Mitgliederstand unsere Erwartungen nicht erfüllt hat, so dürfen wir nicht vergessen, daß sehr viele Frauen unsere sind und unsere Frauenversammlungen besuchen, die längst ideenmäßig zu uns gehören, aber den letzten Schritt zur Organisation aus materiellen oder anderen Gründen noch nicht gewagt haben.

Um unsere Aktivität möglichst überall, auch in den Landkreisen zu erhöhen, wurde ein Bezirks-Frauenausschuß gebildet, in dem jeder Kreis vertreten ist. Diese enge Fühlungnahme und Zusammenarbeit im Bezirk brachte manche Anregungen und Vorteile für unsere Frauengruppen.

Bei diesen Zusammenkünften wurden Fragen der Organisation, der Werbung, Veranstaltungen oder Wahlarbeit gemeinsam beraten. Probleme der Gegenwart in der Politik, Wirtschaft und im Kulturleben wurden eingehend diskutiert. Diese Diskussionen fanden in zahlreichen Resolutionen und Protestnoten an den Bundestag ihren Ausdruck. Protest gegen die Süßwarensteuer, gegen die Meldepflicht von Fehlgeburten anläßlich der Weinheimer Affäre, gegen die Verteuerung der Lebensmittel, gegen die "kleine Mietpreisreform" und Einsatz für die Einbeziehung der Beamtinnen in das Mutterschutzgesetz.

Einige Aktionen wurden veröffentlicht und fanden in der Bevölkerung Zustimmung, wie viele Zuschriften bewiesen.

Im Mittelpunkt unserer Arbeit standen 4 große Frauentagungen, zu denen der Bezirksvorstand die Geldmittel zur Verfügung stellte.

Sie wurden zu Erlebnissen für die Teilnehmer, aus denen sie Mut und Kraft für die kommende Arbeit schöpften.

1. Internationaler Frauentag in Wolfenbüttel am 21. März 1951
   Referentin: Lisa Korspeter.
2. Frauenkonferenz in Fulda vom 19. - 21. Oktober 1951

3. Frauenkonferenz am 3.12.51 in Braunschweig
   Referentin: Lisa Albrecht

4. Grenzlandkundgebung am 23.3.1952 in Helmstedt
   Referentin: Lisa Korspeter.

Im Berichtsjahr fanden außerdem 11 Bezirks-Frauenausschußsitzungen statt.

4 neue Frauengruppen sind gegründet worden. 3 im Landkreis Braunschweig und eine im Stadtkreis. Insgesamt bestehen 31 Frauengruppen.

	Gruppen	Versammlungen	Frauen-Mitglieder
Braunschweig-Stadt	14	14o	1247
" Land	3	1o	97
Helmstedt	4	23	296
Wolfenbüttel	2	11	2o1
Salzgitter	3	28	197
Goslar	3	25	237
Gandersheim	3	3o	198
Blankenburg (Braunl.)	?	?	21

Bei den Versammlungen sind Feierstunden, Ausflüge und Filmvorträge mit einbegriffen.

Der Filmvortrag erfreut sich großer Beliebtheit als Werbeabend auf dem Lande sowohl als in der Stadt. Alle einzelnen Veranstaltungen aufzuführen wäre zu zeitraubend, aber mit großer Freude kann festgestellt werden an Hand der Berichte, daß eine reiche Abwechslung in der Ausführung und Gestaltung der Frauenabende in allen Gruppen stattgefunden hat. Ernste belehrende Vorträge, Singabende, Weihnachtsfeiern, Besichtigungen, Frühlingsfeste usw.

In der Frauenwerbewoche wurden besondere Veranstaltungen durchgeführt. Das Werbematerial wurde von unseren Genossinnen durch persönliche Ansprache verteilt, um Kontakt mit den Frauen zu bekommen.

Da die Kommunalwahlen vor der Tür stehen und wir noch mehr Frauen als bisher für die Arbeit in den Gemeinde- und Stadtparlamenten bereitstellen wollen, findet am 21. und 22. Juni 1952 in Langeleben ein Schulungskursus für Frauen statt, Thema: Die Frau in der Kommunalpolitik.

Bisher sind als Stadtverordnete 8 Genossinnen tätig, als Kreistagsabgeordnete 6 Genossinnen und in anderen Ausschüssen 12 Genossinnen. Eine große Anzahl sind als Schöffen, Geschworene und im Fürsorgewesen tätig.

Besonders in der Arbeiterwohlfahrt stehen unsere Genossinnen an vorderster Stelle und leisten unserer Partei gerade auf dem Lande große Dienste. Die Zusammenarbeit mit der AWO und unseren Frauengruppen war sehr gut.

Beim Bezirksvorstand fanden wir verständnisvolle Bereitwilligkeit unser Streben nach Aktivität zu unterstützen. Die Bitten um notwendige Geldmittel wurden nach sorgfältiger Prüfung stets erfüllt. Unser Dank soll eine noch größere Anspannung unserer Kräfte sein, um endlich doch zu dem Erfolg zu kommen, den wir erhoffen.

Jungsozialisten

Die Arbeit der Jungsozialisten im Bezirk Braunschweig hat seit dem Bezirksparteitag 1951 in Goslar einen merklichen Aufschwung genommen. Dort wurde der Genosse Wolfgang Lopau, Bortfeld, zum neuen Vertreter der Jungsozialisten im Bezirksvorstand gewählt. Um die Arbeit wieder in Gang zu setzen, mußte ein neuer Bezirksausschuß gebildet werden. Dieser Ausschuß trat durchschnittlich alle 14 Tage zusammen, um Organisations- und Grundsatzfragen zu lösen.

Versuche, Arbeitsbesprechungen mit Vertretern der Jungsozialisten in den Kreisvorständen und mit den Vorsitzenden der wenigen aktiven Arbeitsgemeinschaften durchzuführen, scheiterten anfangs wegen zu geringer Beteiligung. Erst im Herbst konnten nach Fühlungnahme der Bezirksausschußmitglieder mit den Gruppen und Bereitstellung der notwendigen Mittel durch den Bezirk und den Ring politischer Jugend (RpJ) zwei erfolgreiche Arbeitstagungen veranstaltet werden. An ihnen nahmen insgesamt 74 Jungsozialisten teil.

Im August 1951 erschien erstmalig wieder der Rundbrief, der seither im 4 - 8 wöchigen Abstand ausgeliefert werden konnte.

Am 16. und 17. Februar dieses Jahres fand die Bezirkskonferenz der Jungsozialisten statt, die sich zu einem Höhepunkt der bisherigen Arbeit gestaltete. Es nahmen daran über 7o Delegierte aus den ak-

tiven Arbeitsgemeinschaften und größeren Ortsvereinen teil. Bei den Wahlen wurde der bisher nur kommissarisch arbeitende Bezirksausschuß unter dem Vorsitz des Genossen Wolfgang Lopau einstimmig gewählt. In verschiedenen Entschließungen legten die Delegierten den Rahmen der künftigen Arbeit fest. Darüber hinaus wurde der Arbeitsgemeinschaft Wolfsburg gestattet, an allen Veranstaltungen des Bezirks als Gast teilzunehmen.

Seither trat der Bezirksarbeitsausschuß, bestehend aus Bezirksausschuß und Vertretern der Jungsozialisten in den Kreisvorständen, zusammen, um den sozialdemokratischen Jugendplan zu beraten. Es wurde begrüßt, daß es endlich einmal möglich war, politische Probleme zu diskutieren, bevor sie auf höherer Ebene entschieden wurden.

Die zunehmende Aktivität auf der Bezirksebene wirkte sich anfeuernd auf die Arbeit auf der untersten Stufe, den Arbeitsgemeinschaften in den Ortsvereinen, aus; was letzthin ja auch der Sinn jeder Bezirksarbeit sein muß. Innerhalb eines Jahres konnten unte teilweiser erheblicher Unterstützung älterer Genossen nahezu 1o Arbeitsgemeinschaften im Bezirk neu organisiert werden.

Die Verbindung zwischen dem Bezirk und der Zentrale in Hannover, bzw. später in Bonn, konnte nach Wiederaufnahme der Arbeit im Bezirksausschuß neu geknüpft und erheblich verstärkt werden. Durch die Konstituierung des RpJ (Ringes politischer Jugend, bestehend aus Jungsozialisten, Jungdemokraten und Junge Union) im Sommer 1951 auf Bundesebene und später auch Landesebene war es möglich, aus dem Bundesjugendplan Zuschüsse für Arbeitstagungen usw. zu be kommen. Dadurch konnten auch Tagungen auf Bundesebene durchgeführt werden. So nahmen Vertreter unseres Bezirkes an Sitzungen des Zentralen Arbeitsausschusses der Jungsozialisten in Mülheim, Ruhr, Kassel und Frankfurt teil.

An dem sozialistischen Jugendtag in Hamburg Anfang August 1951 b teiligten sich ebenfalls etwa 3o Jungsozialisten. Desgleichen wa der Bezirk auf der Zentralkonferenz in Peine Ende April dieses Jahres neben den 4 ordentlichen Delegierten durch 6 Gastdelegier te vertreten. Zu der großen Jugendkundgebung im Rahmen der Zentralkonferenz konnten auf Grund der finanziellen Unterstützung durch den Bezirk und die Zentrale über 3oo Jungsozialisten, Falk

dern der wirkliche Rückhalt und das echte Verständnis der Dinge bei der Gesamtheit aller derjenigen, die durch ihre soziale und berufliche Stellung und durch ihr Einkommen die Voraussetzungen dazu besitzen, hier Aufgabe, Verpflichtung und Schuldigkeit zum Eingreifen zu erkennen und daraus die praktischen Folgerungen zu ziehen. Das krasse und gefährliche Mißverhältnis zwischen Kraft und Möglichkeiten der Korporationen und Verbindungen als Vertreter reaktionärer Kreise einerseits und dem SDS als Verbreiter sozialistischen Gedankengutes an den Hochschulen andererseits rührt nicht zuletzt davon her, daß erstere in Gestalt ihrer sog. "Altherrenschaften" einen nahezu unerschöpflichen Rückhalt besitzen, von dem her nicht nur die "Arbeit" finanziell gesichert sondern auch intensiv mit bis ins Kleinste gehenden "Erziehungsmaßnahmen" eingegriffen wird. Stellenweise sind die Altherrenschaften auch von so großem Einfluß, dass von einem Eigenleben der betr. Verbindung nicht mehr die Rede sein kann, sondern viel eher nur noch von einem "Marionettenverhältnis" der jungen Studenten gegenüber den alten Herren, die das große Wort führen und sofort schärfstens gegen jede sich zeigende Eigenbestrebung der "Füchse" (Studenten), wenn nötig mit Ausschluß aus der Verbindung, einschreiten. Auch in Braunschweig sind erst in jüngster Zeit eine ganze Reihe derartiger "Hinauswürfe" bekanntgeworden. Grundsätzlich sind die Korporationsstudenten gezwungen, den Kurs der Altherrenschaft mitzumachen, wenn sie sich (z.B. wenn sie im Haus der Verbindung wohnen und ihr Studium teilfinanziert erhalten) nicht in ihrer Existenz gefährden wollen. -

Dies nur zur schwachen Skizzierung der Verhältnisse. - Wenn nun durch uns, durch den SDS, etwas getan werden konnte, um diesen Dingen und ihren Folgen entgegenzutreten, wenn wir in der Lage waren, nur einen Teil unserer Vorstellungen und Pläne in die Wirklichkeit umzusetzen, so dann nur auf sehr schwankendem Boden und unter größten persönlichen Anstrengungen, deren Ergebnisse in fast keinem Verhältnis zu dem standen, was die Gegenseite letztlich für sich als Erfolg buchen konnte. -

Gliederung der Gruppe.

Die Gruppe Braunschweig des SDS besteht aus drei Sektionen von ungefähr gleicher Mitgliederstärke, die sich auf die Technische Hochschule, die Kanthochschule und das Braunschweig-Kolleg verteilen. Die Arbeit in den Sektionen ist verschiedenartig und richtet sich nach den Verhältnissen an der jeweiligen Studienstätte.

Das Hauptgewicht des Einsatzes liegt an der Technischen Hochschule mit ihren etwa 2500 Studenten und 200 Dozenten. An studentischen Vereinigungen gibt es hier rund 40, in welchen mehr als 35 % der Studentenschaft organisiert sind. Das bedeutet, daß bei Persönlichkeitswahl 50 % der Plätze im ASTA, der offiziellen studentischen Vertretung, den besagten Korporationen und Verbindungen zufallen! Da aber der ASTA die g e s a m t e Studentenschaft vertritt und für sie in entscheidenden Dingen zu verhandeln und zu entschließen hat (z.B. mit Dozentenschaft und Rektor, mit Kultus- und Sozialministerium, mit Stadtverwaltung usw.), so dürfte klar sein, nach welchen Gesichtspunkten und für wen hier letztlich die Entscheidungen gefällt werden! - Natürlich liegt darin, an dieser Stelle einzugreifen und unsere Mitarbeit durchzusetzen, eine unserer Hauptaufgaben. Im letzten Semester hat sich gezeigt, daß dies

bei genauer Beobachtung der Vorgänge durchaus in erfolgreicher Weise möglich sein kann, wenn wir an den entsprechenden Stellen des öffentlichen Lebens die dazu notwendige Unterstützung finden.-

Ein günstigeres Feld bietet die Kanthochschule mit ihren 38o Studenten - nicht zuletzt darum, weil hier k e i n e reaktionäre studentische Verbindung besteht. Trotzdem darf nicht verkannt werden, daß gerade an einer Hochschule, an der diejenigen ausgebildet werden, durch deren Hände einmal die Jugend des Volkes geht, die Arbeit nicht wirkungsvoll genug gestaltet werden kann. Hier, wo keine Kampfsituation wie an der TH. vorliegt, ist es die Indifferenz der Studentenschaft, welche die Tätigkeit des SDS erschwert.

Die dritte Sektion im Braunschweig-Kolleg findet dagegen die besten Voraussetzungen für ihre Arbeit vor, da die Kollegiaten bereits im Beruf standen, u.U. sich schon politisch oder gewerkschaftlich betätigt haben und hier nun auf die Reifeprüfung zum Zweck des späteren Hochschulstudiums vorbereitet werden. Die Aufgeschlossenheit gegenüber dem von uns vertretenen Standpunkt ist infolge der durchlaufenen Schule des praktischen Lebens mit seinem Anschauungsunterricht über die gesellschaftliche Wirklichkeit besonders gut. -

Durchgeführte Veranstaltungen.

Veranstaltungen sind "Visitenkarten". Nach der Art ihrer Durchführung und nach ihrem Inhalt richtet sich die "Meinung", die bei den anderen Studenten über die betr. Gruppe entsteht, danach richtet sich, welches Ansehen sie genießt und in welchem Maße auch die Einstellung, welche sie vertritt anerkannt, gebilligt oder abgelehnt wird. Unter den anfangs geschilderten Verhältnissen ist natürlich der Grad der uns von vornherein entgegentretenden Ablehnung äußerst stark und von sehr unerfreulicher Form und Schärfe, wobei sich gehässige Ressentiments, kaum zu korrigierende Vorurteile und sachlich unrichtige vorgefaßte Meinungen miteinander vermischen - geschickt genährt, unterstützt und laufend neu erzeugt!

Öffentliche Veranstaltungen lassen sich darum nur durchführen unter Beachtung größter Vorsicht und dem Herausstellen klarer Sachlichkeit in der Behandlung der Themen, Toleranz gegenüber anderen und unter Beibehaltung eines geistigen Niveaus, welches unbedingt Achtung abnötigen muß!

Angeführt sein soll die Vorführung des Spitzenfilmes "HAMLET" im Auditorium Maximum, Reinertrag zum Besten freier Studenten der Ostzone. Grundsätzlich führen wir jedes Semester einen Film vor, der wegen seines Niveaus kaum in öffentlichen Lichtspieltheatern zu sehen ist, auch fließt der Ertrag immer sozialen Zwecken zu. (Im vorigen Semester "ORPHEE"). Der Erfolg war über alle Maßen gut.

An Referenten von Bedeutung sprachen:

a) Der Leiter der Abteilung Volkspolizei und Staatssicherheitsdienst in der Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit Berlin, Herr Grieneisen, über "Die Volkspolizei in der Ostzone". Das Thema behandelte die Schaffung der sowjetzonalen "Nationalarmee" anhand authentischen Materials und anhand von Lichtbildern aus dem Dienst der Nationalarmee. -

Zu dieser Veranstaltung, die zweimal (in der TH. und in der Kanthochschule) durchgeführt wurde, hatten wir unseren gesamten Fördererkreis, der aus etwa 2oo älteren sozialdemokratischen Genossen besteht, eingeladen. Ganze vier waren erschienen. - Die Teilnahme der Studentenschaft, auch der anderweitig ausgerichteten, war dagegen äußerst befriedigend. Alle waren so stark beeindruckt, daß sie vier Stunden ohne nachlassende Spannung und ohne Pause dem Vortrag folgten. -

b) Dr. Mielcke (Bad Gandersheim) über "Das Problem der Macht". (Veränderungen des Rechtsbewußtseins im Lauf der geschichtlichen Entwicklung, die "Macht" im Staate, die "Macht" und der Einzelne, die Aufteilung der "Macht" als Folge der gesellschaftlichen Entwicklung).

c) Martin Muschkau über "Tito und Stalin", weiter

d) Dr. Abel über "Die Bildung der neuen russischen Intelligenz" usw. -

Hieraus ergibt sich ein ungefährer Überblick über die von uns in den Veranstaltungen verfolgte Linie. Außer diesen "öffentlichen" Veranstaltungen, zu denen jeder Student Zutritt hatte - es erfolgten umfangreiche Plakatierungen, Bekanntmachung im "Stadtspiegel", Braunschweiger Blätter und Versendung schriftlicher Einladungen - wurden regelmäßig einmal in der Woche interne Gruppen- bzw. Sektionsveranstaltungen durchgeführt, in denen sich die Mitglieder persönlich aussprachen und in denen über die Arbeit beraten wurde. Besonderen Anklang über die Reihen des SDS hinaus fand ein an der Kanthochschule durchgeführter literarischer Zirkel, der das Buch "1984" von Orwell durcharbeitete. Auch das zwanglose Zusammensein kam zu seinem Recht (Teeabend der Sektion Kanthochschule mit Prof. Eckert).

Zusammenfassend läßt sich sagen: der SDS lebt, er arbeitet und ist tätig t r o t z aller Gegenbestrebungen im gegnerischen Lager und ebenso t r o t z seines Alleingelassenseins von der eigenen Seite - mit Ausnahme des Rates, der Hilfe und der Unterstützung von wenigen Einsichtigen, denen hier der aufrichtigste Dank gesagt sei! Zugleich sei betont, daß die Teilnahmslosigkeit und Untätigkeit automatisch und zwangsläufig ihre Folgen zu zeigen beginnen. Darum rufen wir alle diejenigen, die es angeht, und die Zahl derer, die sich angesprochen fühlen, mit über den weiteren Verlauf der Dinge zu entscheiden. (Post und Verabredungen über den Genossen Ewald Gerrich).

Vorbereitung zur Kommunalwahl

Die Arbeit unserer Gemeinderäte und Kreistagsabgeordneten ist bis zum Herbst dieses Jahres beendet. Die Neuwahlen finden am 16. oder 23. November statt. In den nächsten Wochen und Monaten beschäftigt sich die Partei mit der Auswahl der Kandidaten und der organisatorischen und politischen Vorbereitung der Kommunalwahlen.

Das Ergebnis dieser Wahl hängt davon ab, ob es möglich sein wird, überall sachlich befähigte und charakterlich einwandfreie Persönlichkeiten als unsere Kandidaten herauszustellen. Deshalb ist besonders bei dieser Wahl auf eine sorgfältige Auswahl befähigter und ordentlicher Sozialisten zu achten. Ziel dieser Kommunalwahlen muß es sein, in den Gemeinden und Kreisen die Mehrheit für die S P D zu erringen.

Kassenbericht des Bezirksverbandes für das Jahr 1951.

Einnahmen.

Betriebsmittelbestand am 1.Januar 1951		
Kasse	1 282.73 DM	
Bank	26 177.56 "	
Postscheck	508.13 "	27 968.42 DM
Beiträge		103 556.08 "
Spenden		2 114.-- "
Sächliche Verwaltungskosten		1 203.21 "
Schriften		5 758.55 "
Agitation		7 804.38 "
Wahlen		7 215.38 "
Saalmiete		3 417.27 "
Büromiete		2 933.60 "
Portokosten		101.-- "
Telefongebühren		277.50 "
Licht und Heizung		510.95 "
Kraftfahrzeuge		340.49 "
Kreisbüros		3 717.15 "
Verschiedenes		
Barabhebungen u.Konten-Übertragungen	63 500.--	
Rückzahlungen auf Vorschüsse u.Darlehn	6 395.--	69 895.-- "
		236 812.98 DM

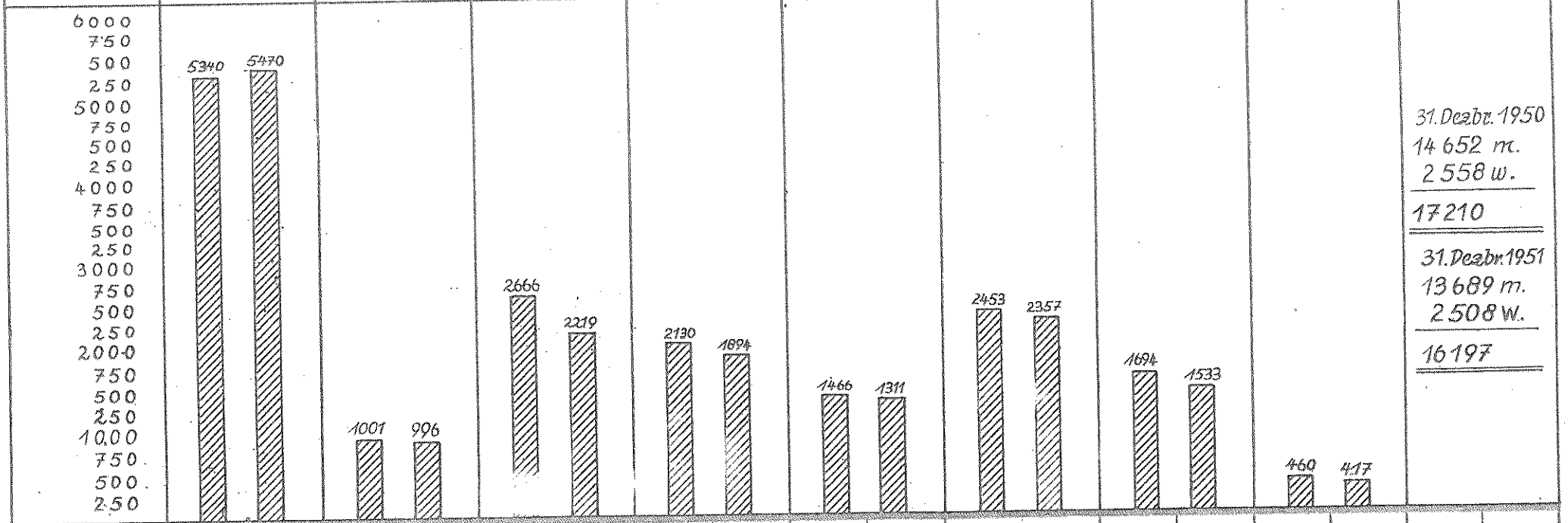
Ausgaben.

Beiträge an Parteivorstand		23 111.72 DM
Spenden		374.45 "
Veranstaltungen		7 629.53 "
Persönliche Verwaltungskosten		16 849.57 "
Sächliche Verwaltungskosten		5 623.44 "
Schriften		6 285.38 "
Schulung		1 024.68 "
Agitation		7 100.63 "
Wahlen		13 546.72 "
Saalmiete		4 902.80 "
Büromiete		3 989.20 "
Bürounkosten		723.67 "
Portokosten		3 868.38 "
Telefongebühren		3 883.13 "
Licht und Heizung		903.13 "
Kraftfahrzeuge		14 443.68 "
Kreisbüros		26 578.83 "
Verschiedenes		
Barabhebungen u.Konten-Übertragungen	63 500.-	
Vorschüsse und Darlehn	5 125.-	68 625.-- "
Betriebsmittelbestand am 31.Dezember 1951		
Kasse	1 096,43	
Banken	23 846,55	
Postscheck	2 406,06	27 349.04 "
		236 812.98 DM

Verkaufte Beitragsmarken 1951.

	Brschwg.-Stadt	Brschwg.-Land	Wolfenbüttel	Gandersheim	Goslar	Helmstedt	Salzgitter	Blankenburg	Bezirk Insgesamt
o.25	7 786	1 622	4 o47	4 883	3 137	2 829	3 153	558	28 o15
o.5o	18 563	3 763	9 248	6 792	4 812	8 739	4 976	1 339	58 232
1.--	31 67o	5 759	1o 3o4	1o 296	7 587	12 992	8 o98	2 711	89 417
2.--	3 158	56	1 111	417	267	974	5oo	25	6 5o8
3.--	1 256	12	356	95	262	431	57	21	2 49o
5.--	631	-	84	89	71	138	54	14	1 o81
7.--	72	3	-	-	-	16	1o	-	1o1
1o.--	141	-	5o	-	32	54	25	-	3o2
2o.--	37	-	-	-	14	5	-	-	56
25.--	3	-	-	-	-	-	-	-	3
3o.--	4o	-	-	-	1o	1	-	-	51
Insgesamt	63 357	11 215	25 2oo	22 572	16 192	26 179	16 873	4 668	186 256
Markenverkauf	bis 1.- / über 1.-	bis 1.- / über 1.-	bis 1.- / über 1.-	bis 1.- / über 1.-	bis 1.- / über 1.-	bis 1.- / über 1.-	bis 1.- / über 1.-	bis 1.- / über 1.-	bis 1.- / über 1.-
in Prozent	91,6 / 8,4	99,4 / o,6	93,6 / 6,4	97,3 / 2,7	96,o / 4,o	93,8 / 6,2	96,2 / 3,8	98,7 / 1,3	94,3 / 5,7
Durchschnittl. Monatsbeitrag je Mitgl. in Pfg	91,4	69,o	73,4	7o,o	82,6	79,8	69,4	71,1	79,9

Mitgliederbewegung im Jahre 1951



Mitglieder in Hundert	Braunschweig Stadt		Braunschweig Land		Wolfenbüttel		Gandersheim		Goslar		Helmstedt		Salzgitter		Blankenburg (Restkreis)		Bezirk insgesamt	
Jahr	1950	1951	1950	1951	1950	1951	1950	1951	1950	1951	1950	1951	1950	1951	1950	1951	1950	1951
Prozent. Anteil männlich	77,2	77,3	91,5	91,1	91,6	91,1	89,7	89,-	83,9	81,6	87,4	87,5	85,9	86,2	93,-	94,2	85,1	84,5
weiblich	22,8	22,7	8,5	8,9	8,4	8,9	10,3	11,-	16,1	18,4	12,6	12,5	14,1	13,8	7,-	5,8	14,9	15,5
Veränd. in Proz. männlich	+1,5	+2,5	-23,4	-0,9	-16,3	-17,3	-11,4	-11,7	-18,2	-13,0	-14,0	- 3,8	-25,3	- 9,2	-11,2	- 8,2	-12,7	- 6,6
weiblich	+ 0,2	+2,3	-15,8	+ 3,5	-21,2	-11,2	- 9,1	- 5,0	- 8,2	+ 2,1	- 9,6	- 4,8	-30,3	-11,3	-20,0	-25,0	- 9,3	- 1,9
zusammen	+ 0,9	+2,4	-22,7	- 0,5	-16,7	-16,8	-11,2	-11,1	- 16,7	-10,6	-13,5	- 3,9	-26,0	- 9,5	-11,9	- 9,3	-12,2	- 5,9
Prozent Anteil z. Einw. Zahl	2,36	2,38	1,46	1,41	1,89	1,49	2,43	2,1	1,77	1,44	2,09	1,87	1,74	1,53	2,78	2,5	2,04	1,85
Zahl der Ortsvereine	19	19	54	56	75	68	59	54	28	28	47	44	20	24	6	6	308	299
Verkaufte Marken i. Proz.	89,5	96,4	92,0	94,1	83,7	92,0	85,7	95,9	75,1	97,9	86,1	91,7	89,1	89,3	85,9	89,6	86,4	94,4

31. Dezbr. 1950
14 652 m.
2 558 w.
17 210

31. Dezbr. 1951
13 689 m.
2 508 w.
16 197

Anschriften

SPD Bezirksverband Braunschweig:
Braunschweig, Schloßstr. 8 III, "Volksfreund"-Gebäude,
Telefon: 2 59 41 und 2 59 42
Nach Dienstschluß zu erreichen: Albert Hoeft, Braunschweig,
Werkstättenweg 33, Telefon: 2 58 72.
Ewald Gerrich, Braunschweig, Ottenroder Str. 29,
Telefon: 2 78 o8.

SPD Stadtkreis Braunschweig: Walter Schmidt
Braunschweig, Schloßstr. 8 III, Telefon: 2 32 51

SPD Kreis Braunschweig-Land: Otto Brunke
Braunschweig, Schloßstr. 8 III, Telefon: 2 5941 u. 2 59 42

SPD Restkreis Blankenburg: Georg Marks
Braunlage (Harz), Marktstr. 6

SPD Kreis Gandersheim: Fritz Bode
Bad Gandersheim, Wilhelmplatz 1, Telefon: 466

SPD Kreis Goslar: Heini Edler
Goslar (Harz), Hoher Weg 4, Telefon: 3611

SPD Kreis Helmstedt: Hermann Troppenz
Helmstedt, Privatstr. 4, Telefon: 2o3

SPD Kreis Salzgitter: Hellmut Schmalz
Salzgitter-Bad, Helenenstr., Friedrich-Ebert-Heim,
Telefon: 55o

SPD Kreis Wolfenbüttel: Ernst Kunkel
Wolfenbüttel, Lange Herzogstr. 12, Telefon: 2864

Bezirkssekretär:
Ewald Gerrich, Braunschweig, Schloßstr. 8, Tel.: s.oben

"Die Falken", Sozialistische Jugendbewegung Deutschlands
Bezirkssekretär:
Karl Riedl, Braunschweig-Lehndorf, Niedstr. 7
Büro; Braunschweig, Schloßstr.8, Tel.: 2 59 41 u. 2 59 42.

Landtagsabgeordnete der SPD

1. Otto Bennemann, Braunschweig, Siegfriedstr. 76
2. Fritz Beulshausen, Badenhausen, Kreis Gandersheim
3. Ernst Böhme, Braunschweig, Stadtoldendorfer Str. 6
4. Fritz Ehrhoff, Wolfenbüttel, Atzumerweg 8
5. Hans Hedermann, Goslar, Wislicenusstr. 14
6. Albert Hoeft, Braunschweig, Werkstättenweg 33
7. Alfred Kubel, Hannover, Lutherstr. 31 b
8. Ernst Kunkel, Wolfenbüttel, Hellerstr. 5
9. Hellmut Schmalz, Salzgitter-Bad, Erikastr. 23
10. Walter Schmidt, Braunschweig, Siegfriedstr. 26
11. Alfred Tack, Schöningen, Knappenweg 3
12. Fritz Weiberg, Vorsfelde, Krs. Helmstedt.

Bundestagsabgeordnete der SPD

1. Otto Arnholz, Braunschweig, Wilhelm-Raabe-Str. 18
2. Karl Bielig, Dortmund, Freiligrathstr. 11
3. Hermann Troppenz, Helmstedt, Harslebertorstr. 11
4. Dr. Fritz Wenzel, Braunschweig, Roonstr. 4.

Der Dank an Alle

Ein Jahr voller Mühe und Arbeit liegt hinter uns - eine Fülle von Problemen mußte gelöst werden.

Wir alle wissen aus eigener täglicher Erfahrung, daß die Verhältnisse, unter denen wir im Bezirk Braunschweig arbeiten, schwieriger sind als in vielen anderen Bezirken. Zu den üblichen Sorgen und Nöten kommt die Grenznähe, kommen die besonderen Schwierigkeiten im Kreis Watenstedt-Salzgitter, die Abwehr links- und rechtsradikaler Bestrebungen und die Überwindung persönlicher Streitigkeiten in einzelnen Ortsvereinen.

Unsere Genossen aus dem Bezirkssekretariat waren nach der üblichen Büroarbeit Abend für Abend, Sonntag für Sonntag und Wochenend für Wochenend unterwegs, um die Arbeit in den Ortsvereinen zu unterstützen und ein stärkeres persönliches Band zwischen den Genossen zu flechten; um Müdigkeit und Lethargie zu überwinden und eine echte Kampfgemeinschaft zu schaffen.

Wir danken allen Genossen, die in steter Opferbereitschaft die tägliche Kleinarbeit bewältigten und uns in unserer Arbeit im Bezirk unterstützten.

Wacht auf, Verdammte dieser Erde.

Wacht auf, Verdammte dieser Erde,
die stets man noch zum Hungern zwingt!
Das Recht wie Glut im Kraterherde
nun mit Macht zum Durchbruch dringt!
Reinen Tisch macht mit den Bedrängern,
Heer der Sklaven, wache auf!
Ein Nichts zu sein, tragt es nicht länger!
Alles zu werden strömt zuhauf!
Völker, hört die Signale, auf zum letzten Gefecht!
Die Internationale erkämpft das Menschenrecht!

Es rettet uns kein höh'res Wesen,
kein Gott, kein Kaiser, noch Tribun.
Uns aus dem Elend zu erlösen,
können wir nur selber tun.
Leeres Wort: der Armen Rechte!
Leeres Wort: der Reichen Pflicht!
Unmündig nennt man uns und Knechte!
Duldet die Schmach nun länger nicht.
Völker, hört die Signale, auf zum letzten Gefecht!
Die Internationale erkämpft das Menschenrecht!

Gewölbe, stark und fest bewehret,
die bergen, was man dir entzog;
dort liegt das Gut, das dir gehöret
und um das man dich betrog!
Ausgebeutet bist du worden,
ausgesogen ist dein Mark!
Auf Erden rings, in Süd und Norden,
das Recht ist schwach, die Willkür stark.
Völker, hört die Signale, auf zum letzten Gefecht!
Die Internationale erkämpft das Menschenrecht!

In Stadt und Land, ihr Arbeitsleute,
wir sind die stärkste der Partei'n.
Die Müßiggänger schiebt beiseite,
diese Welt muß unser sein!
Unser Blut sei nicht der Raben
und der mächt'gen Geier Fraß!
Erst wenn wir sie vertrieben haben,
dann scheint die Sonn' ohn' Unterlaß.
Völker, hört die Signale, auf zum letzten Gefecht!
Die Internationale erkämpft das Menschenrecht!